

PARLAMENT AKTUELL



Newsletter des NR Abg. Gerhard Steier

25.9.2008

mehr Informationen:

<http://www.gerhardsteier.at>

Inhalt

Seite

I.	Kurzinformation zur Plenarsitzung vom 24.9.2008	2-7
II.	Aktivitäten	
	Neuigkeiten aus der EU	7

I. Kurzinformation zur Plenarsitzung vom 24.9.2008

Die letzte Plenarsitzung vor der Nationalratswahl wurde mit einer **Aktuellen Stunde** (Thema SPÖ, "Die Bedeutung von Investitionen in Infrastruktur, Forschung und Technologie für Konjunktur, Wachstum und Beschäftigung") eröffnet. Im Anschluss standen jene Vorlagen auf der Tagesordnung, für die in der Sondersitzung am 12. September Fristsetzungen beschlossen wurden – darunter die fünf Punkte des Maßnahmenpakets der SPÖ gegen die Teuerung:

- Erhöhung Pflegegeld (TOP 2)
- Verlängerung der ‚Hacklerregelung‘ bis 2013 (TOP 3)
- Halbierung Mehrwertsteuer auf Lebensmittel (TOP 10)
- Abschaffung Studiengebühren (TOP 14)
- 13. Familienbeihilfe (TOP 16)

Beschlossen wurde ein SPÖ-Antrag (zu TOP 3), wodurch die Pensionen im Jahr 2009 um 3,4 % statt um 3,2 % erhöht werden; als weitere Sofortmaßnahme zur Eindämmung der Auswirkungen der Teuerung ist auch eine sozial gestaffelte Einmalzahlung zwischen 150 und 50 € für PensionistInnen vorgesehen.

Die wesentlichsten Inhalte im Detail, nach Tagesordnungspunkten¹

72. Sitzung, 24.9.2008

TOP 1. Erklärung des BMF zum Thema: "Die richtigen Antworten in der Steuer- und Finanzpolitik Österreichs auf die globale Finanzkrise"

TOP 2. Änderung Bundespflegegeldgesetz ([677 d.B.](#))

Verbesserung der Pflegegeldeinstufung von Kindern und Jugendlichen; mit 1.1.2009 soll das Pflegegeld in den Stufen 1 und 2 um 4%, in den Stufen 3,4 und 5 um 5% und in den Stufen 6 und 7 um 6% erhöht werden
einstimmig

TOP 3. Sozialrechts-Änderungsgesetz 2008 ([889/A](#))

abschlagsfreier Pensionsantritt mit 55/60 Jahren im Rahmen der Langzeitversicherungsregelung bis zum Jahr 2013 verlängert; alle Pensionen, die in einem Kalenderjahr angefallen sind, fallen unter die unmittelbar folgende Pensionsanpassung.
einstimmig

TOP 4. Antrag Änderung ASVG ([901/A](#))

Verlängerung der Langzeitversichertenregelung - allerdings mit Auslaufregelung bis 2023
einstimmig/mehrheitlich

¹ Alle Abstimmungsergebnisse noch vorläufig; endgültige Fassung ab Ende September unter www.parlament.gv.at abrufbar.

TOP 5. Änderung Kriegsopferversorgungsgesetz [\(905/A\)](#)

Anpassung der Versorgungsrenten ab 1.11.2008
einstimmig/mehrheitlich

TOP 6. Änderung ASVG, B-KUVG [\(906/A\)](#)

Anpassung der Unfallrenten ab 1.11.2008
einstimmig/mehrheitlich

TOP 7. Antrag Pensionsanpassung nach dem Preisindex für Pensionistenhaushalte ohne Wartefrist [\(911/A\(E\)\)](#)

Bindung Pensionsanpassung an Preisindex für Pensionistenhaushalte
mehrheitlich

TOP 8. Änderung ASVG [\(916/A\)](#)

bei Neupensionen erstmalige Anpassung schon im ersten Jahr nach der Pensionierung
abgelehnt

TOP 9. Änderung Arbeiterkammergesetz [\(917/A\)](#)

Senkung Arbeiterkammerumlage
abgelehnt

TOP 10. Änderung Umsatzsteuergesetz [\(893/A\)](#)

Halbierung des Mehrwertsteuersatzes auf 5 % für Lebensmittel, auf 10 % für Medikamente zur Bekämpfung der Teuerung
Antrag wurde an den zuständigen Finanzausschuss zurückverwiesen

TOP 11. Änderung Umsatzsteuergesetz [\(924/A\)](#)

Halbierung Besteuerung von Medikamenten auf 10 %
mehrheitlich

TOP 12. Änderung Preisauszeichnungsgesetz [\(892/A\)](#)

Begleit- und Kontrollmaßnahmen, damit Abgabensenkungen tatsächlich an die KonsumentInnen weitergegeben werden
Antrag wurde an den zuständigen Finanzausschuss zurückverwiesen

TOP 13. Änderung Einkommensteuergesetz [\(915/A\)](#)

Steuerfreiheit für Reisediäten
mehrheitlich

TOP 14. Änderung Universitätsgesetz [\(890/A\)](#)

Abschaffung Studiengebühren ab dem Sommersemester 2009 für österreichische Studierende, EU-BürgerInnen und für jene Studierende aus Ländern mit denen ein völkerrechtlicher Vertrag besteht
S-F-G-Antrag in Dritter Lesung mehrheitlich angenommen

TOP 15. Antrag betreffend bessere finanzielle Ausstattung der Universitäten [\(891/A\(E\)\)](#)

durch öffentliche und private Investitionen sollen die Budgets für den tertiären Bildungssektor ab dem Jahr 2009 bis spätestens 2020 auf 2 % des BIP - das sind jährlich mindestens 200 Mio. Euro zusätzlich - erhöht werden
mehrheitlich

TOP 16. Änderung Familienlastenausgleichsgesetz [\(888/A\)](#)

TOP 17. Änderung Familienlastenausgleichsgesetz [\(900/A\)](#)

doppelte Familienbeihilfe im September jeden Jahres
mehrheitlich

TOP 18. Antrag einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld [\(894/A\(E\)\)](#)

mehrheitlich

TOP 19. Antrag Weiterentwicklung des Kinderbetreuungsgeldes - Angebot einer einkommensabhängigen Variante im Interesse der Familien [\(904/A\(E\)\)](#)

abgelehnt

TOP 20. Bericht des Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Vertuschung von Polizeiaffären und des Missbrauchs der politischen Macht insbesondere im Bundesministerium für Inneres, aber auch in den Bundesministerien für Justiz, für Finanzen und für europäische und internationale Angelegenheiten [\(679 d.B.\)](#)

mehrheitlich

TOP 21. Antrag Untersuchungsausschüsse als Minderheitenrecht [\(897/A\(E\)\)](#)

mehrheitlich

TOP 22. Antrag Änderung Bundes-Verfassungsgesetz [\(907/A\)](#)

Volksabstimmung über jede wesentliche Änderung der vertraglichen Grundlagen der EU
abgelehnt

TOP 23. Antrag Änderung Bundesstraßen-Mautgesetz 2002 [\(883/A\)](#)

Valorisierung der fahrleistungsabhängigen Maut erst ab 1.1.2009, Erhöhung der Vignettenpreise nicht vor Dezember 2009
mehrheitlich

TOP 24. Antrag Gratis-Öffis für Junge und Öffi-Ausbauoffensive [\(899/A\(E\)\)](#)

abgelehnt

TOP 25. Antrag Einführung eines Österreich-Tickets ([903/A\(E\)](#))

Verhandlungen zu Einführung eines Österreich-Tickets (gesamtösterreichischer Verkehrsverbund) bisher am Veto des Finanzministers gescheitert; SP-Antrag betreffend Schaffung eines bundesweit gültigen Österreich-Tickets für alle öffentlichen Verkehrsmittel und für notwendige begleitete Angebotsmaßnahmen, wie die Ausweitung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen und der Bestellerförderung, einerseits zusätzliche Mittel in der Höhe von 150 Mio. € jährlich mehrheitlich

TOP 26. Antrag Umstiegshilfen für leistbare, saubere Energie ([895/A\(E\)](#))

abgelehnt

TOP 27. Antrag Änderung Strafgesetzbuch ([902/A](#))

abgelehnt

Neuigkeiten aus der EU



- **mehr Sicherheit im Straßenverkehr - [Tagfahrleuchten](#) ab 2011 Pflicht für alle neuen KFZ;**
 - **niedrigere SMS- und [Datenroaming-Preise](#)**
-

Impressum: Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters: Suzana Lascsak-Kerec, Büro Abg.z.NR Gerhard Steier Parlament, 1010 Wien Telefon: 40110-3661; e-Mail: suzana.lascsak-kerec@parlament.gv.at
--